

## INFOPERU Nr. 64

### Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

14.09.2019

#### Inhaltsverzeichnis:

1. [Tauziehen ohne Ende um die Mine in Tia Maria \(A. Brox\)](#)
2. [CDU/CSU - Lateinamerika-Strategie \(Jimi Merk\)](#)
3. [Veranstaltung mit Gustavo Gorriti in Hamburg](#)
4. [Siemens und Thyssen-Krupp: keine Maschinen für die Abholzung des Regenwaldes](#)
5. [Respekt für indigene Völker](#)
6. [Lesung mit Hildegard Willer in Berlin](#)
7. [Bis 25. Oktober: weltwärts bewerben](#)
8. [Veranstaltungen](#)

#### 1. Tauziehen ohne Ende um Mine in Tia Maria

Die Proteste der Bevölkerung scheinen Erfolg gehabt zu haben. Die Regierung hat die Lizenz für das umstrittene Projekt in Arequipa für 120 Tage ausgesetzt.

Der Konflikt um die geplante Kupfermine Tía María im Valle de Tambo in der Provinz Islay, Region Arequipa, spitzt sich immer mehr zu.

Seit Mitte Juli protestiert die Bevölkerung mit einem Generalstreik, Demonstrationen und Straßenblockaden gegen die kurz zuvor von der Regierung erteilte Baugenehmigung. Es kam zu Verletzten auf beiden Seiten und zu Festnahmen.

#### Vorgeschichte

Tía María zählt zu den größten Kupfervorkommen in Peru und weltweit und verspricht eine Produktion von 120.000 Tonnen Kupfer pro Jahr über eine Zeitspanne von 21 Jahren. Die mexikanisch-US-amerikanische Southern Copper Corporation ist einer der größten Kupferförderer der Welt und in Peru nicht unbekannt: Wegen Umweltverschmutzung wurden die von Southern Copper betriebenen Bergwerke Cuajone (Moquegua) und Toquepala (Tacna) sowie die Raffinerie in Ilo (Küste) zu Strafzahlungen von insgesamt ca. 27,5 Millionen Euro verurteilt. Die Grupo México, seit 2004 Mehrheitsaktionär von Southern Copper, ist der drittgrößte Kupferproduzent der Welt. Sie hat 2014 eine der

größten Umweltkatastrophen Mexikos verursacht, als sich 40 Millionen Liter giftiger Abwässer in die Flüsse Sonora und Bacanuchi ergossen.

Das Tal des Flusses Tambo ist eine wichtige landwirtschaftliche Region. Hier werden Reis, Bohnen und Früchte für die Versorgung von Arequipa angebaut, der zweitgrößten Stadt Perus. Bereits jetzt leidet das Tal unter Wasserknappheit. Die Mine könnte durch ihren exzessiven Wasserverbrauch und die unvermeidbare Verschmutzung durch Abgase und Abwasser dieser wichtigen Agrarregion im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgraben.

Die Arbeiten zur Erschließung der Mine Tía María wurden Ende 2014 trotz langjähriger Proteste aufgenommen. Im Mai 2015 kam es zu Protesten mit Toten und Verletzten. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand. Schon damals forderten Bauern, Lokalpolitiker und Umweltorganisationen mehr Transparenz und die Berücksichtigung der lokalen Interessen.

### **Besuch der Beobachtungsmission**

Angesichts der Proteste und Auseinandersetzungen besuchte am 22. Juli 2019 eine „Beobachtungsmission“ die Region, zu der sich die Menschenrechtsorganisationen Coordinadora Nacional de Derechos Humanos und Amnesty international, das bergbaukritische Netzwerk Red Muqui und der NGO-Dachverband „Asociación Nacional de Centros“ zusammengeschlossen haben.

In einer Stellungnahme erklärte die Mission nach ihrem Besuch, dass sich das Bergbauprojekt nicht mit Gewalt durchsetzen lasse. Die im betroffenen Tal Valle de Tambo existierenden Lebensweisen und Entwicklungsmodelle seien zu respektieren.

Die Beobachtungsmission berichtet von elf verletzten Polizisten. Die Zahl der verletzten Protestierenden sei unbekannt, da viele es aus Furcht vor Festnahmen und Kriminalisierung nicht wagten, einen Gesundheitsposten aufzusuchen.

Die Mitglieder der Mission fordern alle Beteiligten, insbesondere die Regierung, dazu auf, auf die Ausübung von Gewalt und auf Stigmatisierung der Demonstrierenden zu verzichten. Sie erinnern daran, dass die Bewohner\*innen des Valle de Tambo seit zehn Jahren gegen das Minenprojekt protestieren, ohne beim Staat Gehör zu finden.

### **Präsident Vizcarra in Arequipa**

Die Regierung von Präsident Vizcarra steht unter Druck: Das Wirtschaftswachstum in Peru ist zurückgegangen. Damit die Zahlen und die Stimmung sich nicht weiter verschlechtern, braucht die Regierung den Erfolg des großen Bergbauprojektes.

Angesichts der anhaltenden und heftigen Proteste besuchte Präsident Martin Vizcarra am 24. Juli Arequipa, um mit Lokalpolitiker\*innen über das Minenprojekt und den Streik zu sprechen. Der Regierungspräsident der Region Arequipa, Elmer Cáceres Llica, hatte zuvor die Regierung aufgefordert, die Baugenehmigung zurückzunehmen.

Vor Erteilung der Genehmigung sei nicht überprüft worden, ob die Empfehlungen des Energie- und Minenministeriums (Vorlage einer Wasserstudie und Einrichten einer Schutzschicht aus Ton im Boden) umgesetzt wurden, kritisierten die Lokalpolitiker. Die Bürgermeister forderten in dem Gespräch eine Überarbeitung des Bergbaugesetzes.

Vizcarra kündigte an, die Änderungsvorschläge zu prüfen. Das Wichtigste bei dem Treffen sei der Dialog gewesen, so der Präsident.

Die anwesenden Vertreter\*innen der Lokalregierungen verabschiedeten nach dem Treffen eine Erklärung, in der sie begrüßten, dass es zu dem Treffen mit dem Präsidenten gekommen ist, und sie ihre Anliegen vorbringen konnten. Sie fordern, keine weiteren Aktivitäten des Bergbauprojektes zuzulassen, solange der soziale Konflikt nicht gelöst ist.

Vizcarra kündigte nach dem Treffen den Rückzug der Polizei zur Befriedung der Situation an. Dies geschah jedoch nicht. So kam es zu weiteren Auseinandersetzungen in mehreren Orten, mit dem Einsatz von Tränengas auf der einen und Straßenblockaden und Steinwürfen auf der anderen Seite. Ergebnis: Weitere Festnahmen und Verletzte.

## **Reaktionen**

Die Handelskammer Lima reagierte auf die Gespräche in Arequipa mit der Erklärung, dass die Genehmigung für Tía María auf keinen Fall zurückgenommen werden dürfe. Die Proteste seien eine Bedrohung der privaten Investitionen. Die Präsidentin der Handelskammer, Yolanda Torriani, warnte davor, dass die Ereignisse im Valle de Tambo einen Rückgang der Steuereinnahmen nach sich ziehen und kein gutes Beispiel für die technische Entwicklung des Landes geben würden. Sie betonte, die Proteste dürften nicht ignoriert werden, aber keinesfalls dazu führen, dass Genehmigungen zurückgenommen würden.

Die Plataforma Europa Perú (PEP), in der sich 16 europäische Organisationen, unter ihnen die Informationsstelle Peru, zusammengeschlossen haben, zeigte sich in einer Stellungnahme sehr besorgt über die wachsende Spannung und die Gewalt im Konflikt um Tía María. Die PEP fordert, dem Dialog den Vorrang zu geben und die Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung zu respektieren. Sie unterstützt die von den Lokalregierungen geforderten Änderungen des Bergbaugesetzes: Das Recht der betroffenen Bevölkerung auf Vorabkonsultation soll verankert und die Umwelt- und sozialen Auswirkungen verbindlich berücksichtigt werden.

Am 27. Juli kündigte Southern Copper an, mit weiteren Aktivitäten zu warten, bis wieder ein „besseres soziales Klima“ herrsche. Sobald die Proteste aufhörten, werde jedoch mit dem Projekt begonnen, hieß es in der Erklärung.

## **Ein neues Bergbaugesetz**

In seiner Rede zum Nationalfeiertag erwähnte der Präsident den Konflikt nicht, kündigte aber ein neues Minengesetz an, das den Unternehmen mehr Sicherheit und vor allen mehr Ruhe und Entwicklung verschaffe. Die Regierung müsse eine sozial verantwortliche und umweltverträgliche Minenwirtschaft einfordern.

## **Ein kleiner Sieg der Gegner: Regierung setzt Genehmigung für 120 Tage aus**

Am 10. August bestätigte der Energie- und Minenminister Francisco Ismodes, dass der Bergbaurat (Consejo de Minería) in seinem Ministerium die Baugenehmigung vorübergehend zurückgenommen hat. Die Rücknahme gilt solange, bis die strittigen Punkte, die der Regierungspräsident der Region Arequipa und die Bevölkerung vorgebracht haben, gelöst seien, längstens jedoch 120 Tage.

Präsident Vizcarra widersprach indes der Behauptung, er habe in einem Treffen mit lokalen Regierungsvertreter\*innen die Rücknahme der Baugenehmigung verhandelt. Seine Regierung führe keine „Geheimverhandlungen“, betonte er. Er habe jedoch klar gesagt, dass das Projekt ohne „soziale Genehmigung“ nicht starten könne. Er fügte aber hinzu, dass es keine Argumente für die Rücknahme der Baugenehmigung gebe. Inzwischen ist ein heimlich aufgenommenes Audio des Treffens mit Vizcarra aufgetaucht, das massive Angriffe seitens der dominanten Parlamentsfraktionen, den Vertretern der Bergbaugesellschaften und des neuen Parlamentspräsidenten Olaechea zufolge hatte. Das Audio lässt durchaus auf mögliche Sympatien von Vizcarra mit den Gegnern von Tia Maria schließen. Olaechea warf daraufhin dem Präsidenten vor, die Proteste zu befeuern und verlangte eine härtere Gangart gegen die Protesierenden.

Die Gewerkschaft der Arbeiter von Arequipa (FDTA) erklärte, die Proteste gingen solange weiter, bis die Baugenehmigung zurückgenommen werde. Am 12.08. hat die Regierung auf die weitergehenden massiven Proteste reagiert: Premier Salvador del Solar teilte der Öffentlichkeit mit, dass der Leitungsrat des Ministeriums für Energie und Bergbau die Lizenz für den Bau des Minenprojekts ausgesetzt hat. Die Protestbewegung fordert allerdings eine vollständige Aufgabe des Projekts. Der Konflikt schwelt weiter.

*Annette Brox*

Quellen:

<https://larepublica.pe/tag/tia-maria/>

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/25/07/2019/no-se-puede-imponer-un-proyecto-minero-bajo-el-uso-de-la-fuerza>

<http://www.muqui.org/comunicaciones/noticias/item/914-mision-de-derechos-humanos-realizo-acciones-en-valle-de-tambo>

<http://www.infostelle-peru.de/web/geplante-kupfermine-tia-maria-ein-zweites-conga>

<http://www.infostelle-peru.de/web/proteste-gegen-geplante-kupfermine-tia-maria/>

## **2. Die Infostelle Peru kritisiert die neue Lateinamerika-Strategie von CDU/CSU**

Die CDU/CSU-Bundestags-Fraktion hat im Mai 2019 ein umfangreiches Papier mit dem Titel „Vision 2030 – Eine Partnerschaft für die Zukunft. Lateinamerika-Karibik-Strategie der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag“ beschlossen ( <https://t1p.de/wbm3> )

In dem Papier ist viel von Partnerschaft Deutschlands bzw. der EU mit Lateinamerika, gemeinsamen Interessen, Interessen Deutschlands und Europas und globalen Herausforderungen - Klimawandel, Umweltproblemen und Migration – die Rede. Erstaunlich unkritisch und harmonisch werden dabei die vergangenen und gegenwärtigen Beziehungen Europas mit Lateinamerika beschrieben, also sind nach Meinung von CDU/CSU diese Beziehungen künftig konfliktfrei und in beiderseitigem Interesse.

Als Grundlage für die (angestrebte) Partnerschaft wird unter anderem die „historisch gewachsene Verbundenheit“ (S. 4) genannt. Dass diese Verbundenheit seit der Kolonialzeit unterschiedlichen

Nutzen für die Verbundenen hatte und die Wirtschafts-Strukturen vieler Länder Lateinamerikas bis heute koloniale Züge tragen, findet in dem Papier keine Erwähnung.

Und wenn dort steht, dass „Lateinamerika ... sich immer als Teil ... der Gemeinschaft der Demokratien verstanden (hat)“ (S. 18), dann sind der CDU/CSU die verschiedenen Militärdiktaturen der letzten Jahrzehnte, z. B. in Chile, Argentinien, Brasilien und Peru, wohl nicht mehr in Erinnerung.

Diese schönfärbende Argumentation geht weiter bei der Betrachtung der „gemeinsamen Interessen“ (S.3, S.6). Bei der Betonung des Interesses, „die internationale, regelbasierte Ordnung zu erhalten und zu stärken“ (S.3), wird nicht problematisiert, zu wessen Vorteil die Regeln der internationalen Wirtschaftsordnung sind. Nicht nur in der Schuldenkrise hat sich gezeigt, dass Lateinamerika die Regeln Europas und anderer Gläubiger-Länder akzeptieren und wirtschaftliche Nachteile hinnehmen musste. Für die CDU/CSU scheint es kein Problem, dass die bestehende „Partnerschaft“ sehr ungleich ist: Die asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lateinamerika und Europa werden nicht erwähnt, die notwendige grundlegende Veränderung der Beziehungen ist kein Thema. Der Anspruch von „gleichberechtigten Interessen der lateinamerikanischen Staaten wie der Staaten Europas“ (S. 6) wird in den bestehenden Beziehungen und durch die angestrebten Abkommen nicht verwirklicht.

In dem Papier werden offene Märkte, ein freier und ungehinderter Welthandel und entsprechende Abkommen befürwortet. Im Szenario „Vision 2030“ steht: „Die Länder Lateinamerikas erreichen erneut höheres und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, dies verdanken sie auch den Möglichkeiten, welche sich durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen ergeben.“ (S. 24) Im Falle des Abkommens der EU mit Peru und Kolumbien ergibt sich fünf Jahre nach Inkrafttreten ein anderes Bild: Exporte der EU in diese Länder bestehen nach wie vor zu fast 90% aus Fertigprodukten. Umgekehrt bestehen die Importe der EU aus Kolumbien und Peru zu 90% aus Rohstoffen. Im Fall von Peru ist sogar zu beobachten, dass der Export von Primärprodukten, die ohne Einsatz von (einfacher) Technologie hergestellt werden, zugenommen hat. Auch hier kollidieren also die richtigen Ansprüche des Papiers mit den konkreten Vorschlägen: die angestrebte Entwicklung „hin zu einer auf höherer Wertschöpfung basierten Industrie und Wirtschaft vor Ort“ (S. 7) lässt sich so nicht erreichen.

Die beschriebene Entwicklung steht auch im Widerspruch zu der richtigen Einschätzung, dass die „Diversifizierung der Wirtschaft in manchen Staaten Lateinamerikas immer noch notwendige Voraussetzung für eine zukunftsfeste Entwicklung (bleibt)“ (S. 10) Dass durch die Handelsabkommen Wertschöpfungsketten und Industrien gestärkt und „die nach wie vor starke Abhängigkeit der Länder von Rohstoff- und Agrarexporten reduziert werden (könnte)“ (S. 10) erscheint nach den Erfahrungen mit verschiedenen Abkommen unwahrscheinlich. Die CDU/CSU nimmt von der kritischen Bewertung der Freihandelsabkommen in der entwicklungspolitischen Diskussion keine Notiz.

Auch die Forderung nach „nachhaltigen Rohstoffpartnerschaften“ (S. 13) erscheint nicht realistisch: Für die durch die Minenwirtschaft verursachten sozialen Konflikte und ökologischen Zerstörungen, für einen „sozial- und umweltverträglichen Abbau“ (S. 13) und den „verantwortungsvollen Umgang mit begrenzten Ressourcen“ (S. 6) hat sich die deutsche Rohstoff-Politik bisher nicht interessiert.

Zu Recht stellt das Papier die fehlende regionale Integration der Volkswirtschaften Lateinamerikas fest (S. 16). (Wie) Soll dieses Problem durch die Handelsabkommen gelöst werden? Das Abkommen mit Peru und Kolumbien sollte ursprünglich die gesamte Comunidad Andina de Naciones, also auch Ecuador und Bolivien, umfassen. Ecuador und Bolivien sind aber früh aus den Verhandlungen ausgestiegen, Ecuador hat sich allerdings 2017 nachträglich dem Abkommen angeschlossen.

Aber es geht der CDU/CSU auch um die eigenen Interessen. So ist das „Potential der aufstrebenden Länder Lateinamerikas, ihre Bedeutung für unsere Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Energieversorgung .... für Deutschland von strategischem Interesse.“(S. 5) Schließlich bezieht Europa „große Teile seiner Rohstoffe und Lebensmittel aus Lateinamerika“(S. 10). Es wird explizit auf die Bedeutung der lateinamerikanischen Lithium-Produktion für die Entwicklung der E-Mobilität verwiesen (S. 13).

Es geht auch um die deutschen Exporte: „Der Zugang zu freien Märkten weltweit ist ein Stützpfeiler des Erfolgsmodells der deutschen Wirtschaft.“ (S. 10) Außerdem ergeben sich nach Einschätzung des Papiers durch den Bedarf an Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur in Lateinamerika Chancen für deutsche Firmen. „Eine neu aufgelegte und ausgeweitete Außenwirtschaftsförderung kann deutschen Firmen helfen, wieder verstärkt in lateinamerikanische Märkte zu investieren.“ (S. 11)

Unter der Überschrift „Nachhaltig wirtschaften, Klima schützen, die Schöpfung bewahren“ (S. 12) wird vor allem die Bedeutung nachhaltiger Nutzung der Ressourcen unter „Einhaltung internationaler Vereinbarungen zu Sozial- und Umweltstandards“(S. 13) ausgeführt. Zum Thema Klima wird in sechs Zeilen die Bedeutung des amazonischen Regenwaldes betont. Die indigene Bevölkerung des Regenwaldes wird ebenso wenig erwähnt wie die ILO-Konvention 169, die deren Rechte festlegt: Deutschland hat diese seit 1989 existierende Konvention nach wie vor nicht ratifiziert.

Im Kapitel „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stärken“ (S. 7) sind unterstützungswürdige Vorhaben aufgelistet. Die Schaffung stabiler Parteiensysteme wollen CDU und CSU durch ihre Parteistiftungen, durch Zusammenarbeit der Parlamente und mit Parteien in Lateinamerika unterstützen. Bezüglich guter Regierungsführung soll Expertise bereitgestellt und Erfahrung ausgetauscht, in die Rechtsstaatszusammenarbeit soll investiert werden. Die Gewalt gegen Frauen wird angesprochen, die Gleichberechtigung der Geschlechter soll vorangebracht werden.

Bezüglich der „globalen Herausforderungen“ (Klimawandel, Migration...) (S. 4) bleibt die Strategie zu allgemein. Der Schutz globaler öffentlicher Güter wird der Entwicklungszusammenarbeit zugeordnet. Es werden die Möglichkeiten in den Bereichen Umwelttechnik und Erneuerbare Energien genannt.

Verschiedene unterstützungswerte Forderungen und Zielvorstellungen der CDU/CSU-Strategie stehen im Widerspruch zu anderen Vorschlägen bzw. erscheinen auf dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen als unrealistisch. Die bisherigen Beziehungen zu Lateinamerika werden unkritisch betrachtet, die Forderung nach Freihandel nimmt weder Bezug auf bisherige Erfahrungen mit den zum Teil seit Jahren bestehenden Abkommen noch auf die zivilgesellschaftliche Kritik in Deutschland, Europa und Lateinamerika an diesem Handelsinstrument. Im Vordergrund stehen die Interessen Deutschlands und die Fortführung und der Ausbau der für Deutschland so wichtigen Wirtschaftsbeziehungen.

*Jimi Merk*

*Die ausführliche Stellungnahme der Infostelle Peru kann man hier nachlesen [CDU-CSU Lateinamerika-Strategie](#)*



### 3. Hamburg: Gustavo Gorriti über Korruption in Peru

#### IDL-Reporteros und die Fälle: „Lava Jato“ und „Lava Juez“

Gustavo Gorriti, Direktor von IDL-Reporteros in Peru und Teilnehmer der „11th Global Conference on Investigative Journalism“ in Hamburg (<https://gijc2019.org/>), wird über die Auswirkungen der Korruption auf die aktuelle peruanische Politik und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung berichten.

1992 wurde Gustavo Gorriti, auf Anweisung des derzeit inhaftierten ExPräsidenten Alberto Fujimori, wegen seiner kritischen Berichterstattung von peruanischen Soldaten entführt. Für seine Reportagen ist er vielfach ausgezeichnet worden. Zusammen mit den Mitarbeitern von IDLReporteros ist er für den „Global Shining Light Award 2019“ für investigative Berichte über die Fälle: „Lava Jato“ (Bestechung durch das brasilianische Bauunternehmen Odebrecht in Peru) und „Lava Juez“ (Korruptionsnetzwerke der peruanischen Justiz) nominiert.

\* Die Veranstaltung wird in Spanisch gehalten und wird ins Deutsche gedolmetscht..

**Datum: Mo. 30. September 2019**

**Uhrzeit: 19:00 bis 21:00**

**Ort: Universität HH – Hauptgebäude**

**Edmund-Siemers-Allee 1**

**Hörsaal K**

Spanisch mit deutscher Übersetzung

Weitere Info: [kontakt@peruinitiative-hamburg.de](mailto:kontakt@peruinitiative-hamburg.de)

Flyer [Plakat Vortrag G. Gorriti](#)

### 4. Siemens und Thyssen-Krupp: keine Maschinen zur Abholzung des Regenwaldes

Die Informationsstelle Peru e.V. und 22 weitere Organisationen der deutschen Zivilgesellschaft fordern in einem offenen Brief die Firmen Siemens und Thyssen-Krupp dazu auf, keine Maschinen nach Brasilien zu liefern, mit denen der Amazonas-Wald zerstört werden kann, Indigene von ihrem Land vertrieben oder mit denen Bergbauprojekte gefördert werden.

Hier können Sie die Briefe nachlesen [2019-08-29-Kein-Equipment-Bergbau-Brasilien](#) [ThyssenKrupp2019-08-29-Kein-Equipment-Bergbau-Brasilien](#) [Siemens](#)

## 5. Respekt für Indigene Völker

Anlaesslich des Internationalen Tags der indigenen Völker am 9. August hat AIDASEP, der Dachverband der indigenen Organisationen aus dem peruanischen Amazonastiefland, die folgende Erklärung auf der Webseite veröffentlicht.

„Ca. 370 Millionen Menschen gehören weltweit den indigenen Völkern an, was etwa 5 % der Weltbevölkerung ausmacht. Dieser Prozentsatz repräsentiert auch die Gruppe der Menschen, die weltweit am meisten benachteiligt sind, da sie sich in einem ständigen Kampf zur Verteidigung ihrer Territorien und ihrer kollektiven Rechte befinden.

Die indigenen Völker haben einzigartige Kulturen und Formen der Verbindung zu den übrigen Menschen und zu Mutter Erde an die Menschheit weitergegeben, was sie zu einer großen Quelle von Wissen und Bildung für grundsätzlich alle Nationen macht. Trotz dieses Reichtums, der unter anderem mit ihnen in ihren Kulturen, Traditionen, Sprachen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen besteht, unterstützen die jeweiligen Regierungen sie nicht in dem Maße, wie sie diese Unterstützung benötigen und verdienen.

Zwar gibt es Maßnahmen zu ihrem Schutz, zur Respektierung und dem Erhalt ihrer Kulturen und Lebensweisen, aber ihre Rechte werden weltweit weiterhin verletzt, sodass die Kluft, das Ungleichgewicht weiter zunimmt und sich weiterhin zeigt, dass noch viel zu tun ist.

Im Hinblick auf diese Situation versuchen die Vereinten Nationen, die bestmögliche Unterstützung durch die jeweiligen Regierungen und alle Sektoren der Gesellschaft zu erreichen, damit gemeinsam die Lösung der Probleme, denen die indigenen Gemeinschaften gegenüberstehen, gelöst werden: Verletzung ihrer Territorien, Zerstörung der Umwelt, fehlende Bildung und mangelnde Gesundheitsversorgung.

Deshalb bekräftigt AIDASEP, als Repräsentant der indigenen Völker Amazoniens, seine Entschlossenheit dafür weiter zu kämpfen, dass die Rechte unserer Völker und unsere Territorien respektiert werden.“

Die Informationsstelle Peru möchte sich der Erklärung AIDASEPs anschließen und ihren Respekt gegenüber den indigenen Kulturen ausdrücken. Wir wünschen den indigenen Gemeinschaften Perus und weltweit zum Anlass des Internationalen Tages der Indigenen Völker, dass wir in der Verständigung untereinander weit voranschreiten, wozu die indigenen Sprachen eine unerlässliche Voraussetzung sind. Wir fordern die einzelnen



Staaten daher auf, indigene Sprachen nicht zu unterdrücken, sondern zu fördern und indigene Rechte und Territorien zu respektieren.

*Elke Falley-Rothkopf*

<http://www.aidesep.org.pe/noticias/9-de-agosto-dia-internacional-de-los-pueblos-indigenas>

## **6. Berlin, 26. September 2019: Zwischen Gold und Klimawandel. Reportagen aus dem peruanischen Regenwald**

Die Journalistin Hildegard Willer liest aus Reportagen, die sie in den letzten beiden Jahren an verschiedenen Orten des peruanischen Amazonas-Gebietes recherchiert hat.

Termin: Donnerstag, 26. September 2019, 19 Uhr

Ort: Groni 50, Groningerstrasse 50, 13347 Berlin-Wedding

Hier geht´s zum Flyer [26.09.19 Lesung Zwischen Gold und Klimawandel klein \(1\)](#)

## **7. Bis 25. Oktober: Bewerbung für weltwärts**

19. August bis zum Freitag, 25. Oktober 2019 können sich junge Menschen für ein Freiwilligenjahr im Rahmen des weltwärts-Dienstes beim Welthaus Bielefeld bewerben.

Ausschreibung des Peru-weltwärts Freiwilligendienstes für den nächsten Durchgang 2020-2021. Bewerbungen sind nur über das Onlineformular möglich.

Die aktuell zu besetzenden Einsatzplätze sind auf unserer Webseite einzusehen: [www.welthaus.de/weltwaerts/einsatzplaetze/peru](http://www.welthaus.de/weltwaerts/einsatzplaetze/peru).

Samstag, 09. und Sonntag, 10. November 2019

im Welthaus Bielefeld nehmen die geeigneten BewerberInnen an den Peru-Auswahltagen teil

## **VERANSTALTUNGEN**

Berlin, 26. September 2019

Reportagen aus dem peruanischen Regenwald

<http://www.infostelle-peru.de/web/berlin-26-september-2019-zwischen-gold-und-klimawandel-reportagen-aus-dem-peruanischen-regenwald/>

- Hamburg, 30. September 2019

Korruption und investigativer Journalismus in Peru

<http://www.infostelle-peru.de/web/hamburg-24-september-korruption-und-investigativer-journalismus-in-peru/>

- Mainz, 15. Oktober 2019

Der schale Schein des Goldes – von den Inka bis zum Handy

<http://www.infostelle-peru.de/web/mainz-15-oktober-der-schale-schein-des-goldes-von-den-inka-bis-zum-handy/>

- München, 23. Oktober 2019

Lithium, Kupfer, Gold und Wasser – Hauptsache WIR sind mobil ?

<http://www.infostelle-peru.de/web/muenchen-23-oktober-lithium-kupfer-gold-und-wasser-hauptsache-wir-sind-mobil/>

---

*Sie können den Newsletter bestellen über die Website der*

*Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)*

*Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an*

[\*newsletter@infostelle-peru.de\*](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)

*Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, und der Erzdiözese Freiburg .*

*Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.*

*Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.*

